

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel
Mitgliederversammlung

AntragstellerInnen:

Karin Roider

Gegenstand:

Zukunftswerkstatt Kiel
und Umland

Beschluss

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Die Grünen der Stadt Kiel stellen sich aktiv den Herausforderungen des demographischen Wandels, gemäß des Mottos:

Den Wandel langfristig vorausschauend gestalten und sich nicht davon überrollen lassen.

Der Demographische Wandel umschreibt nicht nur den Prozess der Überalterung, sondern auch z.B. die Zuwanderung oder die Veränderungen im Geschlechterverhältnis oder in den Familienkonstellationen, kurz: die Individualisierung und Diversifizierung der Gesellschaft. Dieser neuen Vielfalt gilt es nun unter finanziell zunehmend schwierigen Bedingungen gleichermaßen Teilhabe und Teilnahme zu ermöglichen.

1.1. kurzfristig: Gründung eines AK Zukunftswerkstatt Kiel, mit den zentralen Themen Demographie- und Diversitymanagement. Dabei ist von Anfang an die Kooperation mit den Grünen der umliegenden Kommunen/Kreise anzustreben.

Begründung:

Der demographische Wandel erfordert eine langfristige, vorausschauende Politik. Vorrangige Aufgabe ist es zunächst den Bürger, die Verwaltung und die Politik auf allen Feldern und Ebenen für Demographie und Diversity zu sensibilisieren und zu informieren.

In Zeiten der Schuldenbremse muss besonders genau analysiert werden, ob die knappen Mittel auch wirklich Ziel führend eingesetzt werden. Sämtliche Investitionen müssen einem Demographiecheck unterzogen werden, damit nicht Investitionen getätigt werden, die sich z.B. nach einem Jahrzehnt als überdimensioniert erweisen. Dazu sind genaue Analysen und fundierte Prognosen unumgänglich.

Ziel ist die optimale Vernetzung und Kooperation aller Akteure. Der GRÜNE AK Zukunftswerkstatt Kiel und Umland soll dazu Vorarbeit leisten.

Die Kooperation mit dem Umland ergibt sich, weil Kiel nicht für sich alleine betrachtet werden kann, da die Verzahnung durch Arbeiten, Wohnen und Verkehr vorgegeben sind.

Solange nicht eine grundlegende Änderung des Steuererhebungs- und -verteilungsmodus durchgesetzt wird, müssen wir uns zwangsläufig mit dem System arrangieren und die bestehenden Möglichkeiten, die sich durch zusätzliche Fördermittel ergeben, maximal nutzen. Ein System, das die Kommunen besser stellt, wäre zwar wünschenswert und sinnvoller. Dies können wir aber nur mit entsprechenden Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat durchsetzen.

Datum:

02.11.11

Befasst

ja

nein

Vertagt

ja

nein

Überwiesen an:

Ja _____

Nein _____

Enth. _____

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel